

Politische Rundschau

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **36 (1946)**

Heft 30

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

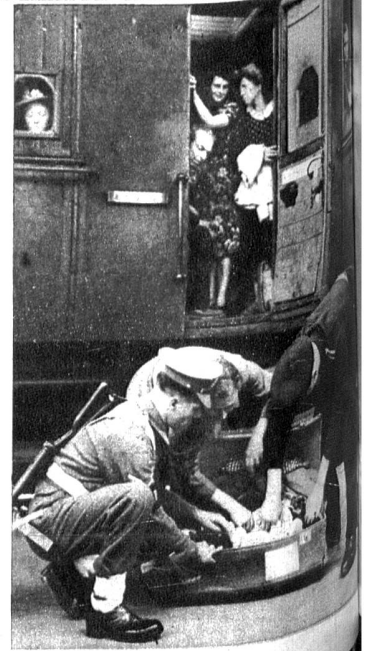


Königlich ägyptischer Besuch in Bern

Die im 52. Altersjahr stehende Königinmutter Nazli von Aegypten, die Witwe König Fuads I. und Mutter des regierenden Herrschers Faruk I., ist mit ihren zwei jüngeren Töchtern, der 20jährigen Prinzessin Faika und der 16jährigen Prinzessin Fathia zu einem Besuch in der Bundeshauptstadt Bern eingetroffen. Unser Bild zeigt Königinmutter Nazli beim Verlassen des Hotels Bellevue-Palace in Bern. An ihrer Seite (links) der Chef des Protokolls des Eidg. Politischen Departements, Legationsrat Cuttat. Hinter der Königin die beiden Prinzessinnen. (Photopress)



Mit der gleichen Gründlichkeit, mit welcher General Eisenhower seine Invasion des europäischen Kontinentes vorbereitete, pflegt er weniger wichtige Unternehmungen in Angriff zu nehmen. Zusammen mit seinen vier Brüdern verbringt der amerikanische Generalstabschef in Big Lake im Staate Wisconsin einen kurzen Ferienaufenthalt, der dem Fischen gewidmet ist. (Photopress)



Rechts: Die britische Besetzungsmacht in Deutschland führt einen heroischen und manchmal wenig erfolgreichen Kampf gegen den Schmuggel und Schwarzhandel zwischen Deutschland, Holland und Belgien. Jeder Zug, welcher Deutschland in Richtung Westen verlässt, wird von britischen Soldaten und deutschen Polizisten genau durchsucht. (Photopress)



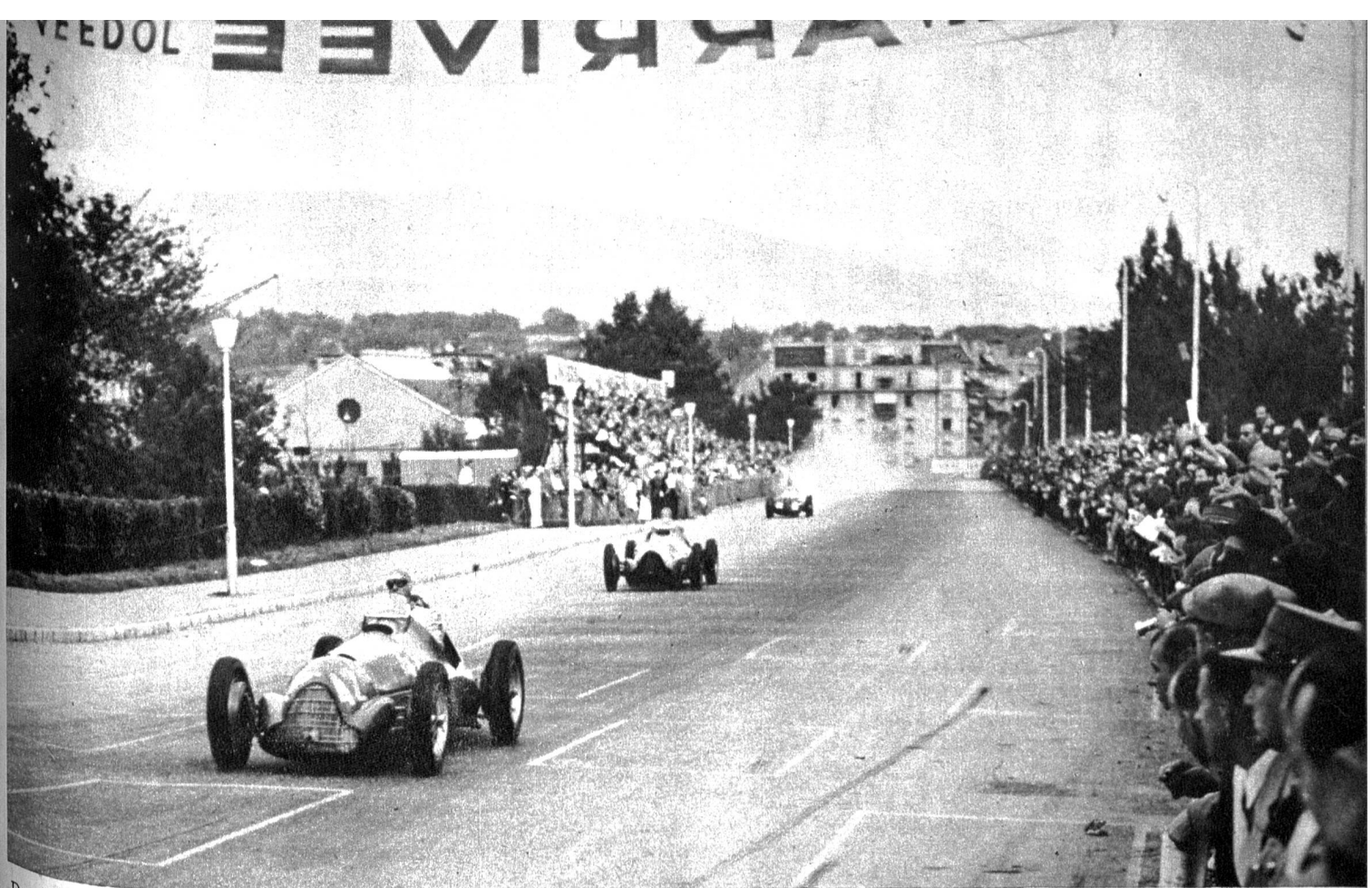
Zugszusammenstoss in Bern

Am vergangenen Sonntagabend stiess beim Eilgutbahnhof der Bern um 17.15 Uhr verlassende Schnellzug Bern-Luzern mit der Spitze des rangierenden Schnellzuges Bern-Basel zusammen. Dadurch wurden im Zeitpunkt des grössten Verkehrs die drei linksseitigen Geleise der Ausfahrt gegen den Wyler gesperrt. Es gab zwei Leichtverletzte. (Photo W. Nydegger)



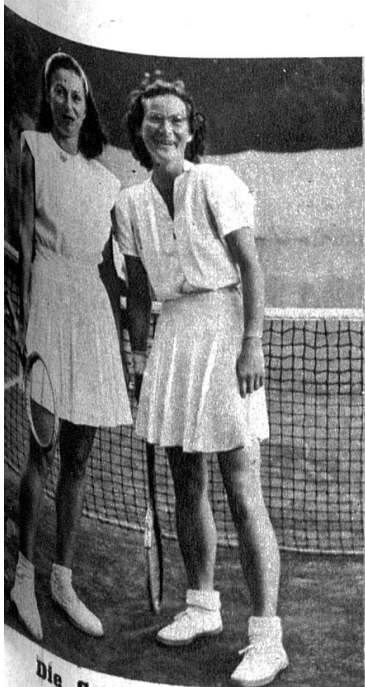
Die „göttliche Greta“ in ihrer schwedischen Heimat eingetroffen

Greta Garbo, die weltbekannte schwedische Filmschauspieler, ist von Hollywood nach Schweden zurückgekehrt, wo sie einen längeren Ferienaufenthalt verbringen wird. Unser Bild: Kaum hatte der Dampfer «Gripsholm» im schwedischen Hafen Gothenburg angelegt, als eine ganze Meute Journalisten und Photoreporter das Schiff stürmten, um Greta Garbo mit Fragen zu überhäufen.



Das Autogrossereignis des Jahres:
**Der Grosse Preis der Nationen
in Genf**

Farina vor Trossi in der Zielgeraden. (Photopress)



Die Schweiz. Tennismeisterschaften in Neuenburg

Im Endspiel um den Titel der Damen unterlag die mehrfache Meisterin Frl. Sutz ihrer Partnerin Frl. Studer. Bild rechts: die neue Tennismeisterin Frl. Studer (Kreuzlingen), die bereits im Jahre 1942 den höchsten Titel gewann, und Frl. Sutz (Zürich) nach dem Final in Neuenburg. (Photopress)

Die Sieger der Tour de Suisse

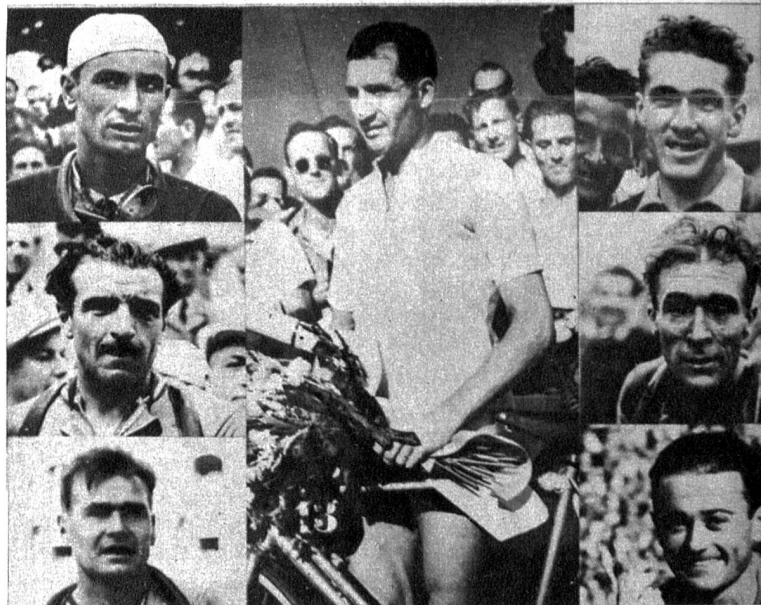
Nach achttägiger Dauer ist die 10. Tour de Suisse am vergangenen Samstag zu Ende gegangen. Wir zeigen die Ehrentafel der Sieger: Mitte: Gino Bartali, Sieger im Einzelklassement und im Bergpreis sowie viermaliger Etappensieger (Zürich-Basel, Zug-Lugano, Lugano-Arosa und St. Gallen-Zürich).

Links, von oben nach unten: Zanazzi (Italien), Sieger der Etappe Basel-Morges. Lapébie (Frankreich), Sieger der Halbetappe Morges-Murten. Wagner (Schweiz), Sieger der Halbetappe Murten-Bern.

Rechts, von oben nach unten: Martin (Schweiz), Sieger der Etappe Bern-Zug. Thiétard, Sieger der Etappe Arosa-St. Gallen. Ronconi (Italien), Sieger des Talpreises. (Photopress)

**8. Etappe: St. Gallen—Zürich
über den 1952 m hohen
Klausenpass**

In St. Peterszell musste der Tour de Suisse-Sieger Bartali einen neuen Reifen aufziehen. Er besorgte dies mit erwarteter Meisterschaft und konnte den Anschluss an das Feld rasch wieder herstellen. Im Moment des Reifendefektes lag Bartali im Gesamtklassement mit rund 16 Minuten Vorsprung an der Spitze. Das Missgeschick — übrigens das erste während vollen acht schweren Etappen — konnte dem siegesgewissen Champion allerdings nichts mehr anhaben. (Photopress)



POLITISCHE RUNDSCHAU

Aufwertung, Abwertung?

-an- In der schweizerischen Oeffentlichkeit wurde einige Tage lang über die Frage gesprochen, ob wir eine Aufwertung des Frankens vornehmen sollten. Die Schweden werteten die Krone auf, die Kanadier ihren Dollar. Warum folgten nicht auch wir? *Der Bundesrat entschied, und zwar sehr deutlich: Der Schweizer Franken wird nicht aufgewertet. Unsere Wirtschaftsstruktur empfiehlt eine solche Massnahme nicht.* Der Fremdenverkehr und einige andere Faktoren sprechen dagegen. Damit war die Unruhe beseitigt. Aber sie kam wieder, als das Projekt aufauchte, eine «gestaffelte Export-Umlage» an Stelle der Aufwertung anzunehmen. Dagegen haben sich sogleich Exportkreise gewendet mit dem Argument, auch dergleichen wäre nicht tragbar. Die gegenwärtige «gewaltige Exportzunahme» sei trügerisch. Einzig einige Zweige unserer Industrie seien in der Lage, hemmungslos auszuführen. So die Uhrenindustrie und einige andere Metallunternehmen. Die übrigen stünden gar nicht so rosig da, wie man meinen könnte. *Mengenmässig betrage unser Export nämlich noch lange nicht 100% der Ausfuhr von 1938.* Das heisst, wir hätten die Produktionsziffern von damals noch gar nicht erreichen können.

Die Diskussion um die Exportumlage hat deutlicher als die etwas abstrakte «Revalutierung» und «Devaluation», wie man die Aufwertung und Abwertung akademischerweise nennt, gezeigt, worum es eigentlich geht. Werfen wir unsern Franken auf, bremsen wir die Exportmöglichkeiten dadurch, dass das Ausland bei uns teurer kaufen muss. Teurer würden aber beispielsweise den Ausländern auch Schweizerreisen kommen. Wogegen wir umgekehrt billiger importieren, die Rohstoffe, deren wir so sehr bedürfen, vorteilhafter einkaufen könnten. Mit solchen Argumenten wollen Kanada und Schweden ihre eigene Wirtschaft vor dem «Ausverkauf» an die warenhungrige Welt schützen. Auch bei uns hiess es, die neue Teuerungswelle komme daher, dass der «reissende Export» für uns zu wenig übrig lasse, so dass wir im Inland als Frucht dieser *Ausverkaufstendenz ans Ausland* immer knapp und darum unter einer neuen Preissteigerung leben müssten.

Wie stünde es, falls sich die «absolut freie Wirtschaft», der «ideale Freihandel» etwa ein Jahr lang auswirken dürften? Doch so, dass 1. dieser Massenausverkauf ans warenhungrige Ausland unser Land wie eine Lawine von allen Warenlagern «befreien», eine gewaltige Teuerung erzeugen und unsere Valuta binnen kurzem auf ein Niveau hinunterstürzen müsste, auf welchem dann von selbst die Bremsung des «Ausverkaufs» einsetzen müsste, und dass wir 2. alsdann, wenn die «Leerung» unserer Lager, die Teuerung und die «natürliche Abwertung» erfolgt wären, auf einer neuen, dem Ausland angeglichenen Basis weiterfahren könnten. Dieser Vorgang wäre die ganz natürliche Folge davon, dass das Vakuum der warenarmen Welt, durch den Krieg entstanden, unser Ueberfluss an sich gezogen hätte. Die Freigeldler haben sich bekanntlich für diese «natürliche Valutaregelung» entschieden.

Die heutige wirtschaftliche Wirklichkeit mit den staatlichen Regelungen bewahrt uns vor solchen «Naturkatastrophen» in der Wirtschaft!

Vor der Friedenskonferenz

Am Ende dieser Woche trennen uns noch gerade zwei Tage vom Datum der grossen Konferenz, welche über die *Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland* entscheiden soll. Frankreich hat im Namen

der «grossen Vier» zu dieser Konferenz eingeladen, und zwar insgesamt 21 Staaten, die am Kriege gegen die Fünf beteiligt gewesen. Eine Diskussion hat sich erhoben über die *Beziehung anderer Mitglieder der «Vereinten Nationen»*, so *Aegyptens*, das seine eigenen Ansprüche an Italien hat und vielleicht die Frage der italienischen Kolonien anders drehen könnte, als sie heute liegt. Ebenso fraglich ist, welche Rolle man den *Oesterreichern* zu spielen erlaubt. Sollen sie in Paris die Südtiroler Frage durch kompensieren, dass sie erklären, die heute von den «Vier» vorgeschlagene Lösung nie anerkennen zu wollen? Das heisst also, dass sie der Welt versichern, Tirol vom Brenner bis Salurn sei österreichisch, und es werde keinen Frieden geben, solange dieses Ländchen, in welchem schliesslich «Schloss Tirol» liegt, italienisch bleibe? Die «grossen Vier» haben Unklarheiten genug übrig gelassen, welche die Konferenz sprengen können. Man wird also Oesterreich nur aus dem Hintergrunde hören.

Das Hauptaugenmerk der Welt richtet sich unmittelbar vor der Konferenz auf die *Anstrengungen der italienischen Regierung, unter den «kleinen Nationen» Verbündete zu finden*, welche an den Entscheidungen der Grossen Änderungen vornehmen sollen. Pietro Nenni, der Führer der Sozialisten, heute Minister ohne Portefeuille im Kabinett de Gasperis, hat eine wichtige Reise angetreten. Ueber Zürich verreist er nach Holland, dann nach Norwegen. Was ausserdem für *Fäden nach Lateinamerika* gesponnen werden, kommt der Welt weniger zu Ohren. Man weiss nur, dass die Sympathien *Argentinien*s, aber auch *Mexiko*s, für Italien nicht zu unterschätzen sind. Argentinien, der «halbe Achsenpartner», muss dem verwandten Lande alles Gute wünschen. Mexiko mit seiner Linksinregierung, die in den letzten Wahlen eine ausdrückliche Bestätigung erfuhr, kann noch weniger wünschen, dass die neue Republik in Italien mit untragbaren Hypotheken belastet werde. Man kann also voraussehen, dass vor allem an den wirtschaftlichen Bestimmungen des Pariser Vertragsentwurfes gerüttelt werden wird. Die von den Russen geforderten gewaltigen Belastungen müssten wirklich von ihren Befürwortern begründet werden, und es müssten wirklich von ihren Befürwortern begründet werden, und es müsste klar auf der Hand liegen, dass die italienische Wirtschaft sie tragen könne, sollte die Konferenz sie anerkennen.

Die Entwicklung in Italien selbst leistet aber unter Umständen den Gegenbeweis. Die Wirtschaft erholt sich zwar, aber die Währung muss ins Bodenlose stürzen, falls die Dinge weitergehen wie bisher. Denn die Preise steigen unaufhörlich... und steigende Preise drücken auf die Valuta und drücken besonders, wenn der Staat nicht mit Gold einspringen kann, um sie zu stützen. Das ist das eine. Das andere aber sind die *schwindenden Realeinkommen* mit den sozialen Gefahren, die daraus entspringen. Wenn in einem einzigen Monat die Preise sich im Durchschnitt verdoppeln, die Löhne aber gleich bleiben, liegt die Not der breiten Volksmassen auf der Hand. Schon vor dem Zustandekommen der neuen Regierung de Gasperis stritten sich Kommunisten und Linksozialisten auf der einen und Rechtssozialisten und Christliche auf der andern darüber, was zu unternehmen sei, um diesem Problem auf den Leib zu rücken. Die Linke empfahl massive Lohnerhöhungen, die Rechte wies darauf, wie unnütz dies alles sei, und wie jede Lohnerhöhung sich sogleich in einer noch stärkern Preissteigerung rächen müsse, solange nicht die Produktion dem «Preisklettern» entgegenwirke. Die beschlossenen halben Massnahmen, die den Kommunisten die Teilnahme an der Regierung ermöglichten, wurden in-

zwischen durch eine *gewaltige Streikwelle* überholt. *Generalstreik in Mailand und Turin* — Lohnerhöhungen als Frucht — Preisstoppgebot der Regierung — aber was weiter, wenn der Schwarzhandel wichtiger als der erlaubte wird?

Die russischen Konferenzmassnahmen

lassen erkennen, dass unter der Hand *die Triestiner Frage* weiter verfolgt wird, um den Attacken des Westens und der Verbündeten Italiens an der grossen Weltversammlung die Spitze abzubreaken. Man kann erwarten, dass die «Lateiner» insgesamt Triest für die «Latinität» reklamieren wollen. Der «slawische Block» im Osten wird ja nicht nur von den Angelsachsen, als den tendenzmässigen Nachfolgern der Deutschen in der Slawenfurcht, sondern auch von den «Romanen» als potentieller Gegner angesehen. Das sind Dinge, die noch vor einem Menschenalter, im Zeichen der italienisch-französischen Rivalität und des spanisch-portugiesischen Sonderdaseins, von Lateinamerika ganz abgesehen, kaum am Horizont erschienen.

Aber zu den Möglichkeiten der nahen Zukunft gehört dieses «lateinische Gesamtbewusstsein». Selbst in *Frankreich* wird davon gesprochen, und es ist der alte Sozialist *Paul Boncour*, der die Parole einer Vereinigung der romanischen Länder ausgibt, während *Léon Blum* die französische *Grenzverlegung bei Briga und Tenda* in den Meeralpen als Kinderei bezeichnet, welche das natürliche Zusammengehen Frankreichs und Italiens störe und verhindere. Dass in diesen Tagen die *Aktion der Seeleute zur Verhinderung jeglicher Warenverschiffung nach Franco-Spanien* besonders in den südamerikanischen Ländern ein lautes Echo fand, weist deutlich darauf hin, wie die «Spanier» der neuen Welt sich für ihr Mutterland zu interessieren beginnen. Es ist sehr wohl möglich, dass von den Linksparteien all dieser Länder eine Bewegung ausgehen wird, die man als die «zweite atlantische Gruppierung» bezeichnen könnte. Die Angelsachsen sekundierend, würde sie den vordringenden Slawen eine eigene gemeinsame Politik entgegensetzen. Der nächste Brennpunkt dieser Politik ist naturgemäss die Adria und insbesondere Triest. Sollte die Erhaltung der Italianität Triests gelingen, kann es leicht zu weiteren Belebungen alter Ansprüche in der Adria kommen. Die Russen sehen dies offenbar voraus.

Darum wird wieder *Jugoslawien* vorgeschickt, um ein neues, weiter als die «grossen Vier» gehendes *Projekt für den Freistaat Triest* auszuarbeiten. Anfangs dieser Woche verbreitete Radio Belgrad eine Meldung, die man aufmerksam verfolgen muss. Der jugoslawische stellvertretende Aussenminister soll erklärt haben, unter welchen Bedingungen seine Regierung die Unterstellung Triests unter den Sicherheitsrat annehmen werde. Zuerst habe die Bevölkerung der Stadt und ihres Gebietes den Beweis zu erbringen, dass sie sich selbst regieren könne. Eine beinahe unmögliche Sache, solange die Slowenen der Umgebung in Daueropposition zu den regierenden italienischen Bürgerkreisen der Stadt stehen. Zweitens soll im künftigen Statut die Demokratie garantiert werden. Das heisst, Jugoslawien wird nur zustimmen, wenn die ehemaligen fascistischen Kreise der Stadt, das heisst aber in Wahrheit die Italiener in der grossen Mehrheit, ausgeschaltet werden. Dies ist es, was die «Balkan-Demokraten» unter «Sicherung der demokratischen Institutionen im Statut Triesta» verstehen. Drittens soll das Statut die Tatsache anerkennen, dass Triest unlöslich zu Jugoslawien gehöre. Italien will bekanntlich das genaue Gegenteil. Zum vierten will Jugoslawien den Gouverneur ernennen, welchem freilich der alliierte Hochkommissär mit einem genau umschriebenen Vetorecht gegenüberstehen würde. Das entmilitarisierte Triest würde vor dem Ausland durch Jugoslawien vertreten werden.

Mit andern Worten: In Paris wird allen Projekten, Triest doch noch für Italien zu retten, gleich von Anfang an ein schärferes russisch-jugoslawisches Begehren entgegen-

gesetzt werden. Nach dem Grundsatz, dass man den nun einmal beschlossenen Mittelweg durch Forderungen untermauert, welche gegen jene des Gegners in die Waagschale geworfen werden. Die Praktik des Marktes im orientalischen Basar ist bekannt. Russen und Balkanier sind darin nicht unbewandert.

Die deutsche Frage

wird an der Friedenskonferenz nicht besprochen werden, aber sie wird in jede Phase der Verhandlungen hineinspielen. Vor allem wird neben der Konferenz her — und wer weiss, wie viele Wochen oder Monate sie dauern soll — das Bemühen weiter dauern, Entscheidungen zu fällen, die im Zusammenhang mit den diskutierten Friedensfragen stehen. Sehr wohl möglich ist, dass die Konferenz noch tagt, wenn die Aussenminister im November sich zusammensetzen, um über Deutschland zu beraten. Bis dahin muss dies und das so oder so entschieden sein. So denken sowohl die Angelsachsen als die Russen.

Da ist einmal *die Frage der Donauschifffahrt*, über welche die «grossen Vier» in Paris nicht einig geworden. Sie spielt ins deutsche Problem hinein. Ueber die Donau, das heisst über die «Internationalisierung der Donau», die bekanntlich in Deutschland zu fließen beginnt und schiffbar wird, wollen die Westmächte sich in den Donaufürstentümern festsetzen, während die Russen im Namen der «Souveränität der Uferstaaten» sich einer neuen Internationalisierung dieser gewaltigen Wasserstrasse widersetzen. Es ist vor auszusehen, dass die Donau eines der grossen Marktobjekte werden wird, das heisst, dass die Russen sich die neue Internationalisierung teuer abkaufen lassen wollen. Was sie hier zugeben, wollen sie kompensiert haben, so oder so, in Triest oder Oesterreich, an den Dardanellen oder in Deutschland. Und welche Rolle nun die «lateinischen Sekundanten der Angelsachsen» in diesem enormen Schachergeschäft spielen werden, und wie sie mit den Russen oder gegen sie operieren wollen, oder aber mit USA und England, das wird sich an der Konferenz zeigen. Alle Lateiner, auch Frankreich.

Anlass dazu bietet *die Ruhr. Frankreichs Kommunisten* sind von Molotow, der die Ruhrgruben unter allen Umständen für das neue einheitliche Deutschland reklamiert, schwer enttäuscht worden und haben heute die Wahl, «national gegen Moskau» einzuschwenken, oder im Lande selbst den Boden zu verlieren, indem sie die russische These annehmen und die Internationalisierung dieses wichtigsten deutschen Rüstungsgebietes verneinen. Eine höchst verzwickte Sache für sie, für die Angelsachsen aber nicht minder. *Die Aussenministerkonferenz hat als merkwürdiges Resultat die russische Forderung nach der deutschen politischen Einheit gebracht, zugleich aber die russische Praxis des wirtschaftlichen Auseinanderregierens offenbart. Dagegen wollen die Angelsachsen keine politische, wohl aber eine wirtschaftliche Einheit.* Aus diesem Grunde sind auch sie — gegen Frankreichs Wünsche — bereit, die Ruhr dem Reiche zu lassen, sie aber zu kontrollieren. Wie reagiert nun wohl Frankreich an der Konferenz?

Neuerdings ist der britische Plan gereift, die wirtschaftlichen Richtlinien der von England beherrschten Zone so umzugestalten, dass sie mit denen jeder andern dazu bereiten Zone gleichlaufen. Das heisst: Die *Vorbereitungen zur Vereinigung des britisch und amerikanisch besetzten Gebietes sind in vollem Gange*, und was daraus wird, ist vielleicht fast noch wichtiger als die kommenden Friedensdebatten in Paris. Eine «westdeutsche Einheit» mit angelsächsischem Kurs wird der «russisch gerichteten» ostdeutschen Einheit gegenüberstehen, der Magnet dem russischen Gegenmagneten. Ein Magnet, der seine Anziehungskraft ins Donaugebiet und in den Balkan, zu allen mit Russland Unzufriedenen, richten soll. Russland aber mobilisiert neuerdings das Slawentum: In Belgrad wird *im Dezember der allslawische Kongress* nach Kastanien angeln, welche der Parteikommunismus bei verschiedenen Völkern nicht herauszuholen vermag.